

ANWALTSGEMEINSCHAFT •
NOTARKANZLEI

LINDENSTRASSE 14 • 28755 BREMEN

TELEFON: 0421 / 66 30 90 • FAX: 0421 / 65 65 33

e-mail : schultz-reimers@t-online.de

HANS-EBERHARD SCHULTZ

RECHTSANWALT UND NOTAR

Fachanwalt für Arbeitsrecht

In überörtlicher Kooperation mit

CHRISTOPH ERNESTI

RECHTSANWALT

Haus der Demokratie

Greifswalder 4

10405 Berlin

Telefon: 030 – 437 25 036

Fax: 030 – 437 25 027

MEIN ZEICHEN (BITTE STETS ANGEBEN) :

Grußadresse IADL

Bremen, den 06.06.2005 s-hu

Grußadresse an die AIJD/IADL zum XVI. Kongreß 07. – 11. Juni 2005, Paris

**„Das Recht und die Juristen im Dienst der Völker für Frieden,
Gerechtigkeit und Entwicklung“**

aus Anlaß der Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Da ich leider persönlich an der Veranstaltung heute noch nicht teilnehmen kann, wünsche ich ihr auf diesem Wege aus Deutschland einen erfolgreichen Verlauf.

Der 8. Mai, der 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, ist gerade auch für Deutschland ein besonderes historisches Datum und von alarmierender Aktualität.

Vieles von dem, was nach 1945 überwunden war oder überwindbar schien, hat sich wieder zurückgemeldet und prägt erneut unsere Gegenwart:

- Drohungen mit militärischer Gewalt, militärische Einsätze und völkerrechtswidrige Angriffskriege sind wieder zu „legitimen“ Mitteln der herrschenden Politik geworden;
- die nach 1945 installierten Instrumentarien dialogorientierter Konfliktlösungen werden zielgerichtet demontiert. Staaten und ganze Militärbündnisse brechen das Völkerrecht, wie dies im Überfall auf die Bundesrepublik Jugoslawien und auf die Republik Irak geschehen ist, ohne daß dies bisher auch nur im Ansatz sanktioniert worden wäre;

- die Verpflichtung zur Rüstung und zur Kriegsbereitschaft soll Bestandteil der EU-Verfassung werden;
- deutsche Konzerne haben nach 1989 nicht nur viele ihrer Kriegsziele von vor 60 Jahren erreicht; im Rahmen neuer ökonomischer Bündnisse melden sie darüber hinaus als globaloperierende Kapitalgesellschaften wieder weltweiten Einfluß an. Auch wenn Deutschland an dem Überfall auf den Irak nicht direkt beteiligt war, wird das völkerrechtswidrige Besatzungsregime vorbehaltlos unterstützt und der legitime Widerstand hiergegen – ähnlich wie der Widerstand der Partisanen im Zweiten Weltkrieg gegen die NS-Besatzung – als „Terrorismus“ disqualifiziert. Parallel dazu wird die Bundeswehr zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionstruppe aufgebaut.
- Im Lande selbst wird ein massiver Abbau von Demokratie, Bürgerrechten, rechts- und sozialstaatlichen Standards durchgesetzt. Gewerkschaftliche Rechte werden auf breiter Front angegriffen und beseitigt.
- Die Diskriminierung, Unterdrückung und Verfolgung von Minderheiten, insbesondere ausländischen Migranten nicht nur durch wiedererstarkende Neo-Nazis, sondern vor allem durch staatlichen Rassismus in der Mitte der Gesellschaft, haben ein erschreckendes Ausmaß angenommen; vorläufiger Höhepunkt ist die Verfolgung sogenannter „Islamisten“ unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung in der Kontinuität des alten und neuen „Anti-Terrorismus“.

Gegen die weltweite Tendenz zu neuen „abendländischen Kreuzzügen“ regt sich aber auch bei uns Widerstand. Gerade wir Juristinnen und Juristen haben die besondere Verpflichtung, der Instrumentalisierung von Menschenrechten zur Durchsetzung imperialer Ziele konsequent entgegenzutreten. Das Vermächtnis der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 verpflichtet uns an der Universalität der Menschenrechte festzuhalten – und das heißt, der Freiheits- und Bürgerrechte sowie der sozialen und demokratischen Menschenrechte – und ihnen im neuen Jahrhundert zum Durchbruch zu verhelfen.